

POLITISCHE URSACHEN UND SPEZIELLE AUSPRÄGUNGEN DER ARMUTSSITUATION^{*)}

1. Einleitung	100
2. Armut – ein mehrdeutiger "politischer" Begriff	100
3. Armut ist multifaktoriell	102
4. Armut als politische Herausforderung	112
5. Prekäre Armut am Beispiel des Nicht-Leistungsbezugs am Linzer Sozialamt	115
6. Zusammenfassung	121

*) Der Beitrag ist eine Zusammenfassung einer Studie des ISW, die der Autor gemeinsam mit Christine Stelzer-Orthofer und Sonja Kober erstellt hat.

Auszug aus WISO 2/2000

ISW

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Thomas Höpfl

Mitarbeiter des
Instituts für Sozial-
und Wirtschafts-
wissenschaften der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte
für OÖ.

1. Einleitung

*Armutsforschung
vernachlässigt
behandelt*

Untersuchungen zum Thema Armut, die fast zwei Jahrzehnte in der kontinentaleuropäischen sozialwissenschaftlichen Forschung vernachlässigt behandelt und ohnehin kaum durchgeführt wurden (man spricht von einer "Latenzzeit" der Armutsforschung), haben in den letzten Jahren an Aktualität sowie an medialer und politischer Aufmerksamkeit gewonnen. In den Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges war man der Ansicht, dass die politisch gewollte Entwicklung der europäischen Sozialstaaten, die mit einer Ausweitung sozialer Leistungen sowie der Ausweitung der Anspruchsberechtigten und Leistungsbezieher im Sozialrecht verbunden war, dazu beitragen werde, Armut überhaupt zum Verschwinden zu bringen.

*diverse
Versäumnisse
wurden akut*

In den letzten Jahren drückte vor allem die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, der Ehe bzw. Familie sowie bestimmter sozialstaatlicher Prinzipien der Armutssituation ihren Stempel auf.¹ Diverse Versäumnisse in der Sozialpolitik wurden damit akut.

*Ungleichheits-
forschung*

Armutsforschung selbst avancierte wieder zu einem mehr beachteten Teilgebiet der Sozialwissenschaften, nachdem ein Feldzug gegen die sogenannte "neue Armut" von konservativer Seite in der BRD ins Leben gerufen worden war.² Bis dahin war Armut ein nur wenig beachteter Nebenschauplatz der mit relativ großem Aufwand betriebenen Ungleichheitsforschung. Mehr "Verteilungsgerechtigkeit" war Ende der sechziger Jahre, Anfang der siebziger Jahre eine häufig aufgestellte Forderung, aber soziale Gefährdung durch Armut wurde wenig beachtet.

2. Armut – ein mehrdeutiger "politischer" Begriff

Armut ist als Begriff nicht immer eindeutig definiert und stellt auch ein Produkt subjektiver Wertungen und Meinungen dar. Die Anschauungen darüber, wer als arm zu gelten hat, vari-

ieren beträchtlich. Relativ deutlich wird meist zwischen denjenigen Armutslagen unterschieden, die auf persönliches Fehlverhalten, also auf individuelles Verschulden, zurückzuführen sind, sowie solchen, die auf unvorhergesehenen Ereignissen beruhen. Wer sich nicht "mindestens einmal im Jahr satt essen kann", wird als arm anerkannt. Weniger Einigkeit herrscht darüber, ob jemand arm ist, der auf "Unterstützung vom Sozialamt" angewiesen ist.

*persönliches
Fehlverhalten*

Armut hat aber auf der anderen Seite ihre Ursachen auf der politischen Ebene und kann wirkungsvoll auch nur hier bekämpft werden, wenn man von oft erfolgreicher "Moral persuasion" im ethischen und religiösen Bereich einmal absieht. Die immer auch kontroversiell diskutierten Facetten ergeben sich aus der politischen Sachlage, wie sie durch öffentliche Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Einkommenspolitik vordefiniert ist. Für die meisten Lebenssituationen gilt, dass sich der Staat, die Politik einmischt. Politik greift in den Lebenslauf der Bürger ein – oft in einer von ihnen selbst nicht direkt wahrgenommenen Weise. Diese Politik wird aber in zunehmendem Maße von der Logik des Marktes dominiert und weniger von sozialreformerischen Gedanken und dem Fürsorgeprinzip. Auch die Sozialhilfeeinrichtungen sind gefordert, ihre Klienten bis zu einem gewissen Grad "jobready" zu machen. Oft als "Auffangbecken" und "letztes soziales Netz" bezeichnet, macht sie sich das aus dem nunmehr sozialdemokratischen Großbritannien stammende Prinzip von "Welfare to Workfare" zu eigen.

*Ursachen auf der
politischen
Ebene*

*Logik des
Marktes*

Gerade auf höchster staatlicher Ebene ist mit dem neuen Bundesministerengesetz ein neuer Weg beschritten worden, der Konsequenzen für den Umgang mit sozial schwächer gestellten Mitgliedern unserer Gesellschaft mit sich bringt. Mit Ausnahme der besonderen Bedingungen in der Zeit des beginnenden Nationalsozialismus waren die Belange der Arbeitnehmer und die diesen Bereichen zugehörigen Behördenstellen immer einem eigenständigen Ministerium untergeordnet. Der soziale Aspekt des Arbeitslebens droht nunmehr

*Umgang mit
sozial schwächer
gestellten
Personen*

unterzugehen. Die ministerielle Schutzfunktion wird zu Gunsten zweckökonomischer Tendenzen geopfert.

*Arbeitsminister =
Wirtschaftsminister*

Die kürzlich erfolgte Einbeziehung der wichtigsten Arbeitnehmeragenten in ein neu geschaffenes Ministerium für Arbeit und Wirtschaft stellt nicht nur ein EU-weites Unikum dar. Der zuständige Minister kann es sich jetzt häufig aussuchen, ob er als "Arbeitsminister" oder als "Wirtschaftsminister" mit negativen oder mit – schon immer seltener werdenden – positiven Mitteilungen für Arbeitnehmer vor die laufenden Kameras tritt. Gerade im Grundinteresse jener Arbeitnehmer, die rechtlich gering abgesichert, schlecht entlohnt oder die am Arbeitsplatz einer besonderen gesundheitlichen Belastung ausgesetzt sind, ist eine saubere Trennung der Behördenzuständigkeit bis hin zur höchsten politischen Verantwortung wichtig.

3. Armut ist multifaktoriell

*in allen
möglichen
Lebensbereichen*

Armut im Wohlfahrtsstaat Österreich wird zum größten Teil durch die Politik vorbestimmt, hat aber viele Gesichter. Armut und soziale Ausgrenzung ist *ein* Aspekt sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft. Armut zeigt sich in allen möglichen Lebensbereichen: Wohnen, Kinder haben oder keine Kinder haben, Arbeit oder Erwerbslosigkeit, Gesundheit oder Krankheit, Einkommen, Teilhabechancen am gesellschaftlichen und politischen Leben, soziale und finanzielle Absicherung etc. Sie erweist sich damit als multifaktoriell bzw. anlassbezogen und betrifft viele Lebensabschnitte und -segmente. Wenn mehrere Faktoren zusammentreffen, so kann aus einer bisher abgesicherten sozialen Stellung sehr rasch eine prekäre Armutslage werden. Es sind daher nicht nur klassische gesellschaftliche Außenseitergruppen von Armut betroffen. Zur Frage der verschiedenen Lebenssegmente, die in Normalbiographien meist völlig unproblematisch zu bewerten sind, aber in bestimmten Fällen mit Umbrüchen verbunden sind und Armutskarrieren auslösen können, seien folgende Bereiche kurz beschrieben:

*in Normal-
biographien
meist völlig
unproblematisch*

3.1. Einkommensarmut

Unter "einkommensarm" versteht man den Status von Einkommensbeziehern, die trotz eigener Erwerbsarbeit arm oder armutsgefährdet sind. Laut Mikrozensus 1997 beträgt die Anzahl der Personen in Österreich, die ein Vollzeit-Nettoeinkommen unter ATS 10.000,-- erzielten (dies entspricht ca. ATS 12.000,-- brutto), ca. 200.000. Das entspricht 7 Prozent der Erwerbstätigen.³

200.000
Arbeitnehmer
unter ATS
10.000,--
Nettoeinkommen

Der Hauptangriffspunkt einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung ist für die Gewerkschaften in der Einkommensarmut und den neuen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu sehen. Es ist zwar nicht so, dass jedes vom Normalarbeitsverhältnis abweichende Beschäftigungsverhältnis zugleich eine bedrohliche Lebenslage ist, aber es sind dabei zwei Faktoren zu berücksichtigen.

Einerseits ist die Frage zu stellen, wie groß das Arbeitsmarktsegment der "neuen" Arbeitsplätze sein soll, ohne dass es eine sozialpolitische Brisanz bekommt. Andererseits ist zu berücksichtigen, ob und wie groß die Freiwilligkeit von Arbeitnehmerseite gegeben ist, sich dieser Jobs zu bedienen.

"neue"
Arbeitsplätze

Es ist nicht abzusehen, ob der Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen geringer wird. Für viele Arbeitnehmer besteht aufgrund ihres Alters, geringer Qualifikation, gesundheitlicher Einschränkungen, familiärer Verpflichtungen oder regionaler Gegebenheiten keine andere Möglichkeit, als in diesen Arbeitsmarkt Bereichen tätig zu sein.

keine andere
Möglichkeiten

Die steigende Zahl von Arbeitnehmern mit nur geringfügiger Anstellung wird vor allem in der jüngsten Entwicklung zu einem wesentlichen Faktor. Von 1995 bis 1998 ergab sich in Österreich ein Anstieg um 25 Prozent auf 170.000.⁴ Auch die Teilzeitbeschäftigung insgesamt steigt rasch. In Oberösterreich allein waren im Jahr 1998 89.982 Personen teilzeit-

beschäftigt, das bedeutet einen Zuwachs von fast 29 Prozent gegenüber dem Jahr 1995.⁵

*"Normal-
arbeitsmarkt"*

Aber auch auf dem sogenannten "Normalarbeitsmarkt" sehen die Löhne und Gehälter nicht so aus, dass man daraus eine abgesicherte berufliche Existenz ableiten kann.

Die Hälfte der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft verdienen in Oberösterreich nicht mehr als ATS 12.400,-- netto monatlich. Auch 50 Prozent der weiblichen und männlichen Angestellten mit Hilfstätigkeit verdienen in unserem Bundesland nicht mehr als ATS 12.700,--. Selbst der von der heimischen Wirtschaft so oft beklagte Facharbeitermangel wirkte sich nicht als Nachfrageeffekt auf die Einkommen dieser Berufsschicht aus. Bei der Hälfte der oberösterreichischen Facharbeiter und Facharbeiterinnen erreichen die Löhne nicht einmal die ATS 16.000,-- Grenze (Mikrozensus 1997).

1.000 Euro

In unserem Land hat der Österreichische Gewerkschaftsbund seinen Wunsch nach kollektivvertraglichen Mindestlöhnen immer wiederholt, wobei deren Höhe und Steigerungsgrad der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst sein sollte. Die letzte diesbezüglich aufgestellte Mindestforderung (am 14. Bundeskongress im Herbst 1999) lautete 1.000 Euro. Ein gesetzlicher (von der Regierung zusammen mit den Sozialpartnern festgesetzter) Mindestlohn, wie er in acht Ländern der Europäischen Union bereits existiert, wurde jedoch bisher vom ÖGB nicht verlangt.

3.2. Arbeitslosigkeit

*Bedeutung der
Erwerbsarbeit*

Die Bedeutung der Erwerbsarbeit als Einkommensquelle zeigt eine Untersuchung von Eurostat in 13 EU-Mitgliedsstaaten auf. Die privaten Haushalte beziehen mehr als 70 Prozent ihres Einkommens aus Arbeit (unselbstständige und selbstständige Erwerbsarbeit), nur 25 Prozent aus Renten und anderen Sozialleistungen und einen restlichen Betrag von 5

Prozent aus Kapitalerträgen und anderen privaten Quellen.⁶

Die Europäische Union, Politiker und Wissenschaftler konstatieren wiederholt besorgt, dass in vielen Industrieländern Europas ein Auseinanderfallen von allgemeiner Wirtschaftsentwicklung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist. Einerseits stellen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung Kostenfaktoren dar, welche aus Rücksicht auf das Europäische Sozialmodell und damit durch die Abgabenglast auf bestehende Arbeitsplatzinhaber finanziert werden müssen, andererseits stellt jeder zusätzliche Arbeitsplatz einen Schritt mehr für die Beteiligung eines der vielen arbeitslosen Unionsbürger am Wirtschaftsleben dar. Die ökonomische, soziale und psychologische Wirkung der Verflechtung mit dem Arbeitsleben wird für den einzelnen Unionsbürger nahe liegender Weise als wirksamstes Mittel zur Vermeidung persönlichen sozialen Abdriftens in die Armut gesehen.⁷

*allgemeine
Wirtschafts-
entwicklung und
Entwicklung der
Arbeitslosigkeit*

*Verflechtung mit
dem Arbeitsleben*

Für viele Beobachter überraschend ist die beispiellose hohe Flexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes. Individuelle Flexibilität ist auch die zentrale Antwort der Europäischen Kommission auf die Arbeitslosigkeitsfrage. Obwohl man sicher sein kann, dass von Unternehmerseite und einigen Wirtschaftsforschern noch lange über den "unflexiblen Arbeitnehmer" geklagt werden wird, sprechen die Zahlen des Arbeitsmarktes längst eine deutliche Sprache. So wurden im Jahre 1997 von insgesamt 3,8 Millionen Beschäftigungsverhältnissen rund 1,3 Millionen gelöst und eine noch größere Zahl neu begonnen. Um 1980 lag die Zahl der begonnenen Beschäftigungen noch bei etwa 0,8 Millionen. Der sekundäre, unsichere Arbeitsmarkt, dessen durchschnittliche Beschäftigungsdauer unter zweieinhalb Jahren liegt, weitet sich aus.⁸

*Flexibilität des
österreichischen
Arbeitsmarktes*

Ein Fallbeispiel, wie sich Arbeitslosigkeit konkret auswirkt, sei an Frau M. erläutert.⁹ Frau M. ist verheiratet und hat zwei Kinder; ihr Mann ist arbeitslos. Als der Mann noch Arbeit hatte, wurden auf Kredit größere Anschaffungen getätigt, wofür jetzt noch Schulden zurückgezahlt werden müssen. Frau M. ist

Fallbeispiel

teilzeitbeschäftigt, ihr Gehalt beträgt ATS 6.350,--. Das Arbeitslosengeld ihres Mannes beträgt ATS 8.724,--. Die Wohnungskosten liegen bei ATS 5.250,--, die monatliche Kreditrate belastet das Familienbudget mit ATS 1.000,-- zusätzlich.

*"Normalfall" des
Alltagslebens*

Im "Normalfall" des Alltagslebens kann die Familie mit rd. ATS 9.000,-- auskommen. Wenn aber Projektwochen, Sprachaufenthalte, Schulschikurse oder ein Computer für die Kinder zu finanzieren sind, eine Autoreparatur oder eine Jahresabrechnung für den Strombezug zu bezahlen ist, so wird die Lage prekär.

3.3. Krankheit

*25 Prozent
ungünstigere
gesundheitliche
Verfassung*

Der Anteil der Personen, die mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben, ist bei den sozial Schwächeren in Österreich doppelt so hoch wie bei der nichtarmen Bevölkerung. Über alle Altersklassen betrachtet, weisen 25 Prozent des armen Teils der Bevölkerung neben schlechteren Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen auch eine ungünstigere gesundheitliche Verfassung auf. Bei den nichtarmen Einkommensgruppen sind es nur 12 Prozent.

Selbstbehalt

Diese Gesundheitsunterschiede drücken sich aber nicht in einem unterschiedlich häufigen Arztbesuch aus. Der Personenkreis, der im letzten Jahr nie einen Arzt aufsuchte, ist mit 13 Prozent bei den Armen sogar um zwei Prozentpunkte höher als bei den Nichtarmen.¹⁰ Ausufernde Formen eines Selbstbezahls bei den Arztkosten, bei Ambulanzbesuchen oder Krankenhausaufenthalten, wie ihn die ÖVP/FPÖ-Bundesregierung zum Erstellungszeitpunkt dieser Studie laut durchdenkt, hätte ohne Ausnahmen für Bedürftige daher weitgehende negative Folgewirkungen auf das Gesundheitsbewusstsein und den Gesundheitszustand der ärmeren Bevölkerungsgruppen.

3.4. Alter

Die starke Zunahme der Altenbevölkerung ist für die demographische Entwicklung in Österreich – wie auch in anderen westlichen Industriestaaten – charakteristisch. Der Anteil der über 60-Jährigen Wohnbevölkerung Österreichs erreichte 1951 15,7 Prozent, 1974 bereits 20,4 Prozent und nach einem Rückgang in den siebziger Jahren gegen Ende der achtziger Jahre wieder 20,4 Prozent (das sind rd. 1,5 Mio. Menschen). Im Jahr 1989 waren bereits rd. 543.000 Menschen über 75 Jahre alt. Ihr Anteil hat sich seit 1951 mehr als verdoppelt. Das Pensionsversicherungssystem entwickelte daher eine ungeheure Dynamik. Ende 1960 wurden insgesamt 924.500 Pensionen ausgezahlt, 1998 gab es bereits 1.902.286 Pensionsbezieher. Ihre Zahl hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.¹¹

*Zunahme der
Altenbevölkerung*

In Oberösterreich ist die Situation dadurch gekennzeichnet, dass 25 Prozent der Pensionistinnen mit einer Nettopension (14-mal jährlich) von unter ATS 5.587,-- auskommen müssen. Es ist dies im Bundesländervergleich der drittniedrigste Wert nach dem Burgenland (ATS 5.072,--) und Vorarlberg (ATS 5.365,--). Die Hälfte der Pensionistinnen (79.721 Pensionsempfängerinnen) können in Oberösterreich über nicht mehr als ATS 7.813,-- Nettomonatseinkommen verfügen gegenüber ATS 8.387,-- im Bundesdurchschnitt.¹²

*Situation in
Oberösterreich*

Diese Zahlen sollen verdeutlichen, dass viele Frauen im Alter nur eine sehr geringe Absicherung erreichen können. 400.000 Frauen in Österreich haben darüber hinaus überhaupt keinen eigenen Pensionsanspruch. Viele dieser Frauen werden durch die ständige Reformdiskussion verunsichert. Es wird suggeriert, dass auf die Hilfe des Staates überhaupt nicht mehr vertraut werden kann, dass jeder für seine Altersversorgung selbst die Verantwortung übernehmen muss, indem er sich privat versichert.¹³ Der ohnehin zu geringe Anspruch des staatlichen Systems, einen Ausgleich zwischen Männern und Frauen, zwischen Reichen und Armen bzw. Gesunden und

*400.000 Frauen
ohne Pensions-
anspruch*

Kranken herzustellen, verschwindet zusehends aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit – zu Gunsten der privaten Versicherungen.

3.5. Wohnungssituation

unüberwindliche Hürde Erschwingliche Wohnungen sind fast nicht mehr auf dem Wohnungsmarkt zu erhalten und ohne "Startkapital" von Eltern oder Verwandten ist eine Familienneugründung mit Zahlungen verbunden, die eine unüberwindliche Hürde darstellen. Es werden aber von Jungmieter*innen zum Teil unüberlegt Darlehen zur Finanzierung dieser Zahlungen aufgenommen. Dazu kommt dann auch die Anschaffung von Wohnungseinrichtung – und das wieder auf Kreditbasis.

Lebensstil Der Lebensstil vieler Jungfamilien ist auf Schulden aufgebaut, was nicht zuletzt eine Folge der geringen Einkommen in den ersten Berufsabschnitten ist, die in Relation zu erhofften Einkommenssteigerungen gesehen werden. Die Hoffnung auf diese Einkommenssteigerungen ist beim Vorliegen oder in der Erwartung eines Angestelltenverhältnisses realistisch, wo bei Männern das mittlere Einkommen der 50–54-Jährigen um 118 Prozent höher ist als bei den 20–24-Jährigen. Bei Arbeiter*innen ist diese Annahme schon weniger begründet. Hier liegt die zwischen diesen Altersgruppen genannte Einkommenssteigerung bei 29 Prozent (männliche Arbeiter) und bei nur 6 Prozent für Arbeiterinnen.¹⁴

billige Wohnungen Die Anzahl der angebotenen Wohnungen wird zwar größer, aber billige Wohnungen gibt es eigentlich fast gar nicht mehr, weder von Genossenschaften noch von privaten Vermietern. Der Mietenindex stieg in den letzten 10 Jahren doppelt so stark an wie der allgemeine Verbraucherpreisindex. Preisgünstige Wohnungen sind eher von Haushalten belegt, die bereits vor Jahrzehnten eingezogen sind, die sich unter Umständen jetzt auch – bezogen auf ihre Einkommenssituation – höhere Wohnkosten leisten könnten.¹⁵

3.6. Schulden¹⁶

Die Problematik von Schulden ist nach allgemein verbreiteter Ansicht nicht immer als Resultat eines zu geringen Einkommens relativ zur Armut-(Reichtums)grenze zu sehen. Es handelt sich beim "Schuldenmachen" allerdings oft um das Ergebnis eines geringen Einkommens beispielsweise von Jugendlichen, Jungfamilien oder Arbeiterhaushalten, denen es nicht gelingt, den regelmäßigen Grundbedarf an Ernährung, Kleidung, Wohnen bzw. sozialer und kultureller Teilhabe zu bestreiten. Familiäre Probleme, Krankheit, soziale Ausgeschlossenheit, Arbeitslosigkeit, niederes Einkommen, fehlende Berufsausbildung oder die Entwertung des bestehenden Arbeitsplatzes werden nicht bewältigt, sondern dienen als Ausgangspunkt für eine falsch verstandene Orientierung an Menschen, denen "es besser geht". Es handelt sich dabei um einen teuer erkauften "Zuschuss" zum Grundeinkommen, bei dem übersehen wird, dass er einem gegenwärtig oder später erwünschten Zustand von sozialer und wirtschaftlicher Stabilität für immer im Wege steht. Als "Leben über seine Verhältnisse" ist das Schuldenproblem immer verknüpft mit Angst, Entmutigung, Isolation, Ende der Solidarität und Einsamkeit.

*nicht immer
Resultat eines zu
geringen
Einkommens*

*Orientierung an
Menschen,
denen "es besser
geht"*

Armut durch Verschuldung ist ein vielschichtiges Problem, sie muss relativ gesehen werden. Es müssen nicht immer die klassischen Außenseitertypen damit gemeint sein. Zu den Klienten der Schuldnerberatung zählen Angehörige aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen. Überschuldete Personen können zwar physisch überleben, finden sich aber nicht in der bestehenden Konsumwelt wieder. Die negative Vorbildwirkung der staatlichen Institutionen, Kultur- und Sportvereine bzw. bestimmter Unternehmen ist ja gegeben. Schulden werden oft als Statussymbol angesehen, die Kreditwürdigkeit (Stichworte: Leasingauto, Handy, Kreditkarten von verschiedenen Banken oder größeren Unternehmen, Versandhäuser usw.) wird bis zur letzten Möglichkeit ausgereizt.

*nicht immer
klassische
Außenseitertypen*

*Schulden als
Statussymbol*

professionelle Hilfe Der Grund, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, liegt in massiven Zahlungsproblemen. Man gibt mehr aus, als man verdient, und das über einen längeren Zeitraum. Man verliert den Überblick über Zahlungsrückstände und vergisst eine Einnahmen-Ausgabenrechnung zu machen. Fristen oder Einspruchsmöglichkeiten werden versäumt, amtliche Verständigungen nicht gelesen, obwohl sie als zugestellt gelten und damit die Kenntnisnahme von der Behörde vorausgesetzt wird. Die von Schuldenproblemen betroffenen Personen verwenden oft erstaunliche Energien, um ihre Schuldensituation und damit ihre objektive Armut zu verschleiern und vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Das heißt, man versucht mit viel Aufwand neue Schulden zu machen, um bereits misstrauisch gewordene Gläubigergruppen zufrieden zu stellen.

erstaunliche Energien

Da das einzige wirksame Abstandmittel bei den Gläubigern der drohende Verlust von Außenständen ist, sollten bei Privatkrediten keine Bürgschaften verlangt werden dürfen, da diese Haftungen beim Privatkonkurs ein großes Risiko darstellen. Auch die Möglichkeit der Lohnpfändung, die es nicht in allen Ländern bzw. nur sehr eingeschränkt gibt, sollte abgeschafft werden.

3.7. Frau und Familie

Dominanz der männlichen Normal-Erwerbsbiographie Durch die Dominanz der männlichen Normal-Erwerbsbiographie, die sowohl die Arbeitswelt wie auch das Sozialsystem strukturiert, ergeben sich für Frauen höhere strukturelle Armutsrisiken. Die geschlechterspezifische Arbeitsteilung erschwert für Frauen den Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten.

Frauen verdienen ein Drittel weniger als Männer Frauen verdienen durchschnittlich noch immer um ein Drittel weniger als Männer. Der Mittelwert der Bruttoeinkommen (Jahreseinkommen dividiert durch 12, ohne Sonderzahlungen) der Männer in Österreich lag 1997 bei ATS 23.369,-- im Monat, der der Frauen bei ATS 15.829,-- (in Oberösterreich bei ATS 23.858,-- bzw. ATS 15.200,--),¹⁷ was größtenteils

eine Folge der Segmentierung des Arbeitsmarktes und der Konzentration der Frauenbeschäftigung auf Niedriglohn- und Niedriggehaltstätigkeiten ist. Frauen finden in letzter Zeit leichter Zugang zu Bildungseinrichtungen, aber eine bessere Qualifizierung ist nicht gleichbedeutend mit höherem Einkommen. Noch immer herrscht die Situation vor, dass Männer – bei gleicher Tätigkeit wie Frauen – besser bezahlt werden.

*Qualifizierung
nicht
gleichbedeutend
mit Einkommen*

Nach der Art der Erwerbstätigkeit ist die Anzahl der Kinder der zweitwichtigste Faktor, der das Haushaltseinkommen nachteilig beeinflusst. Unter den Haushalten unselbstständig Erwerbstätiger waren zwei Drittel der Haushalte mit 3 oder mehr Kindern und über die Hälfte der Haushalte mit zwei Kindern in den untersten Einkommensgruppen angesiedelt.¹⁸

*Anzahl der
Kinder
zweitwichtigster
Faktor*

3.8. Mangelnde Integration von Ausländern

Wenn man davon ausgeht, dass der österreichische Wohlfahrtsstaat der fünfziger und sechziger Jahre in der Regel ein Staat mit einer einheimischen, ethnisch homogenen Bevölkerung war, so sieht sich der österreichische Staatsbürger nunmehr mit immigrierten ethnischen Minderheiten konfrontiert, die oft nicht die Grundwerte der Gesellschaft teilen und nicht immer die Sprache der Mehrheit sprechen.

*mit ethnischen
Minderheiten
konfrontiert*

Im Jahr 1997 gab es in Österreich 247.264 bewilligungspflichtig beschäftigte Ausländer, davon 35.041 in Oberösterreich.¹⁹ Trotz der mit einigen Unterbrechungen historisch toleranten Einstellung in Österreich, deren Ursache man wahrscheinlich noch im Vielvölkerstaat der Monarchie suchen muss, tut sich der moderne Wohlfahrtsstaat auch hierzulande schwer mit dieser relativ großen Gruppe von ausländischen Arbeitnehmern. In einer Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstitutes IMAS aus dem Jahr 1995 liegt der Begriff "Ausländer" an vorletzter Stelle der Sympathie-Skala – nur mehr vor dem Begriff "Kernenergie".²⁰

*an vorletzter
Stelle der
Sympathie-Skala*

in Österreich lebende Ausländer

Eine Analyse der Armutssituation der Ausländer muss in erster Linie am Arbeits- und Wohnungsmarkt ansetzen, aber auch die anderen relevanten Faktoren, die eine Schlechterstellung bewirken, mit berücksichtigen. Das Statistische Zentralamt der Republik Österreich beschreibt die Situation dieser Bevölkerungsgruppe folgendermaßen: "In Österreich lebende Ausländer haben durchwegs ungünstigere Lebensbedingungen als Inländer. Sie erfahren bereits in der institutionellen Kinderbetreuung erste Nachteile, finden schlechteren Zugang zur Schulbildung, arbeiten in schlechter entlohnten Marktsegmenten, sind stärker betroffen von Arbeitslosigkeit und ungünstigeren Arbeitsbedingungen und wohnen in schlechter ausgestatteten Wohnungen."²¹

4. Armut als politische Herausforderung

Belastungen der neuen Bundesregierung

Die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels geplanten Belastungen der neuen Bundesregierung in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Beschäftigung, Arbeitnehmerrechte und Steuern werden zum Teil damit gerechtfertigt, dass sie von den ehemaligen Koalitionspartnern ebenfalls intendiert waren. Der nunmehr abhanden gekommene Koalitionspartner SPÖ weist darauf hin, dass von konservativer Seite Scheinverhandlungen geführt wurden mit dem taktischen Ziel, sowohl Maximalforderungen zu stellen als auch gleichzeitig ein Scheitern der Verhandlungen zu erreichen.

Budgetkonsolidierung

Ohne weiter auf diese Ausgangslage, die politologisch zweifellos sehr interessant ist, näher eingehen zu wollen, muss ein Faktum, dem die neue Bundesregierung gegenübersteht, hervorgehoben werden: Ein dauerhafter Pfad in Richtung Budgetkonsolidierung wird nur dann Anerkennung finden, wird nur dann politisch gelingen, wenn er nicht nur Rechte und Kostenvorteile für die Unternehmen bringt. Dazu sind aber Lohnerhöhungen im Ausmaß der regionalen Arbeitsproduktivitätssteigerungen plus der von der Europäischen Nationalbank zu tolerierenden Inflationsrate notwendig. Es ist daher ein Umdenken unerlässlich. Seit einigen Jahren laufen

die Lohnsteigerungen in Österreich wie fast überall in Europa den Produktivitätssteigerungen hinterher.

*Lohnsteigerungen
hinter
Produktivitäts-
steigerungen*

Die staatliche Wirtschaftspolitik – die sich einstmals einer Marktwirtschaft mit dem Adjektiv “sozial” verschrieben hat – koppelt sich von Verteilungsfragen ab und reagiert nicht auf soziale Veränderungen und die zunehmende ökonomische Spaltung der Gesellschaft.

Im Gegensatz dazu weisen aber die Analysen der Sozialwissenschaftler die sozialpolitisch engagierten Institutionen und die Betroffenen vor Ort vor allem auf eines hin: “Die Menschen, die derzeit von Armut bedroht oder bereits betroffen sind ..., benötigen Perspektiven im Sinne gesellschaftspolitisch eindeutiger Signale von Seiten der Politik. Insofern bedarf es nicht nur technischer Lösungsmodelle, wie die verschiedenen Unterversorgungserscheinungen überwunden werden können, sondern die Bereitschaft in Gesellschaft und Politik, das als machbar Erkannte auch tatsächlich umzusetzen. Dazu bedarf es nicht zuletzt der Bereitschaft bei denen, die derzeit (noch) zu den Gewinnern des gesellschaftlichen Strukturwandels gehören, die Lasten gemeinsam mitzutragen, statt sie einseitig den sozial Schwächeren aufzubürden. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese reiche Gesellschaft bereit und willens ist, Armut auf Dauer hinzunehmen.”²²

*Signale von
Seiten der Politik*

*Armut auf Dauer
nicht zulassen*

Die österreichische Gesellschaft ist statistisch gesehen an und für sich reich. Das durchschnittliche Haushaltsvermögen in Österreich betrug laut einer Untersuchung der Arbeiterkammer im Jahr 1993 ca. 1,8 Mio. ATS.²³ Auch wenn man die Ausgabenmöglichkeiten betrachtet, ist statistisch gesehen jeder Österreicher “reich”. Für den privaten Konsum erwarben inländische Haushalte im Jahr 1997 Güter und Dienstleistungen im Wert von rd. 1.400 Mrd. ATS. Nicht in dieser Summe einbezogen sind die Beträge, die auf Sparbüchern landen. Bei einer (wünschenswerten?) Einkommensgleichverteilung würden demnach auf jeden in Österreich Lebenden (egal ob Kind,

*statistisch
gesehen reich*

Berufstätige(r) oder PensionistIn) Verbrauchsausgaben von rd. ATS 14.400,-- monatlich entfallen.

*nicht einmal ein
Drittel dieser
Geldmenge*

Dennoch gibt es hunderttausende Österreicher und Österreicherinnen, die nicht einmal ein Drittel dieser Geldmenge für den Konsum zur Verfügung haben.

Eigentlich müsste die kritische Öffentlichkeit in den unzumutbaren Zahlen der (Langzeit-) Arbeitslosen oder der dauerhaften Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Niedriglohnberufen (Working poor) das sozialpolitische Problem unserer Zeit sehen.

*Wachstums-
volumen der 50er
und 60er Jahre*

Es genügt nicht, dass das Bruttosozialprodukt stärker wachsen muss als die Arbeitsproduktivität. Dies ist eine wichtige, aber keine notwendige Bedingung für eine verbesserte Position der Arbeitnehmereinkommen. Selbst wenn es gelingen sollte, in Österreich zu einem Wachstumsvolumen der 50er und 60er Jahre zurückzukehren, ist damit noch nicht gesichert, dass der Trend zur Verringerung der Lohnquote und der Einkommensunterschiede ein Ende findet. Trotz des im Vergleich zu heute starken Wirtschaftswachstums hat sich nämlich die Ungleichheit sowohl in der Gruppe der Einkommenssteuerpflichtigen als auch in jener der Lohnabhängigen zwischen 1955 und 1968 eher verfestigt, wie eine schon etwas weiter zurückliegende Studie²⁴ darstellt.

*Verteilungspolitik
als
Umverteilungspolitik*

Wenn man allerdings Verteilungspolitik als Umverteilungspolitik im engeren Sinn versteht, also Nutzensteigerung einer Einkommensgruppe auf Kosten einer andern, so scheint es heute logisch, das bestehende geringe Wachstum und die Begleiterscheinungen der vorherrschenden "Investorenökonomie" für die geringen Einkommenszuwächse bei den unteren Einkommensgruppen verantwortlich zu machen.

Man darf dabei nicht vergessen, dass das Sozialsystem und die meisten Transferzahlungen von den Marktwerten der erbrachten Arbeitsleistung abhängig und damit ein Resultat der

primären Verteilungspolitik der Unternehmen und anderer öffentlicher und privater Arbeitgeber sind. Die sich aus dem Marktprozess ergebende Einkommensdifferenzierung wird in die Risikophasen "verlängert".²⁵

*Einkommens-
differenzierung
wird "verlängert"*

5. Prekäre Armut am Beispiel des Nicht-Leistungsbezugs am Linzer Sozialamt

5.1. Zum Begriff prekärer Armut

Ausgehend von der Tatsache, dass bei steigendem gesellschaftlichem Wohlstand individuelle Armutsgefährdung, aber auch Armutsgefährdung von Gruppen zunehmen kann, hat sich der Begriff des "prekären Wohlstands"²⁶ eingebürgert. Damit soll ganz bewusst auf die Lebenslage unterer sozialer Einkommensbezieher hingewiesen werden. Armutsforschung orientiere sich vielfach an den "politischen Armutsgrenzen" (wie beispielsweise den Richtsätzen der Sozialhilfe) und vernachlässige jene Einkommensgruppen, die knapp oberhalb dieser Armutsgrenze liegen.²⁷

*"prekärer
Wohlstand"*

Es muss erwähnt werden, dass "eingeschränkte Handlungsspielräume" und "reduzierte Lebenschancen" auch bei jenen vorliegen, die keinen Anspruch auf Leistungen der Sozialhilfe oder Caritas geltend machen können. Für die nachfolgenden empirischen Ergebnisse wurde von dem Begriff der "prekären Armut" ausgegangen. Die Einführung dieses Begriffes diene der Beschreibung von Personen, die mit ihrem Einkommen oberhalb einer politischen Armutsgrenze (Sozialhilfegrenze) liegen, die sich aber selbst als arm empfinden.

*kein Anspruch
auf Leistungen
der Sozialhilfe*

Dass diese Situation trotzdem sehr schwierig ist, da die Betroffenen oftmals zu arm zum Leben, jedoch "zu reich" für eine Unterstützung sind, ist nicht abzustreiten. Auch das Wort prekär ("peinlich") ist verständlich und unterstreicht die Befürchtung, dass viele Fälle der prekären Armut aus Schamgründen im Hintergrund verborgen bleiben. Die Gefahr der prekären Armut ist darin zu sehen, dass wenn z. B. unvorher-

*"zu reich"
für eine
Unterstützung*

sehbare größere Zahlungen erwachsen, ein Familienmitglied krank wird oder seine Arbeit verliert, dies ein plötzliches Abrutschen unter die offizielle Armutsgrenze, unter die politisch anerkannte, vielfach als die "wirkliche" Armutsgrenze bezeichnete Schwelle bedingt.

5.2. Fragestellungen und Umfang der Erhebung

*abgewiesene
Antragsteller für
Sozialhilfe-
unterstützung*

Ziel war es, Aufschluss über die Gruppe der abgewiesenen Antragsteller für Sozialhilfeunterstützung am Linzer Sozialamt (Nicht-LeistungsbezieherInnen) zu bekommen. Zum einen soll die empirische Erhebung und Analyse zur Beschreibung der Nicht-BezieherInnen durch gruppenspezifische Merkmale führen und u.a. folgende Fragen beantworten helfen:

- * Welche Leistungen wurden benötigt?
- * Welche Gründe werden für die Antragstellung genannt?
- * Welche Ursachen sind für die Ablehnung ausschlaggebend?
- * Wie lebt der durchschnittliche Nicht-Leistungsbezieher?
- * Sind eher Alleinstehende oder Familien betroffen?
- * Sind die abgelehnten Antragsteller den "Working poor" zuzurechnen?

*Totalerhebung
am Linzer
Sozialamt*

Zur Rekonstruktion der Angaben jener Personen, die keine Unterstützung erhalten, wurde ein Datenerhebungsbogen erstellt. Da die einschlägigen Bestimmungen mit Jänner 1999 in Oberösterreich verändert wurden, wurde der Erhebungszeitraum ab 1. Jänner 1999 gewählt. Es wurde eine Totalerhebung am Linzer Sozialamt im Zeitraum von 1. Jänner bis 6. Mai 1999 durchgeführt. Insgesamt wurden im genannten Zeitraum die Angaben zu 88 Sozialhilfewerbern erhoben, die entweder sofort oder nach Prüfung der Daten ohne finanzielle Unterstützung wieder weggeschickt wurden.

5.3. Subjektive Notlage

Wie in Tabelle 1 ersichtlich, sucht der Großteil der Nicht-Unterstützten um Sozialhilfe, d.h. um Leistungen zur Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhalts an. Der Rest versucht vom Sozialamt diverse einmalige Leistungen (durch zu hohe Kosten, Zahlungszuschüsse), Heizkosten- und Wohnungszuschüsse zu erhalten. Auch um Vorschuss auf das Arbeitslosengeld wird ersucht.

Großteil sucht um Sozialhilfe an

Tabelle 1: Beantragte Leistung

Was wurde beantragt	Anzahl	Prozent
Sozialhilfe	58	66
Einmalige Leistung	13	15
Heizkosten	4	4
Wohnungszuschuss	7	8
Vorschuss AMS	5	6
Sonstiges	1	1
Gesamt	88	100

5.4. Genannte Gründe für die prekäre Situation

Wie in Tabelle 2 ersichtlich, geben 33 der insgesamt 88 Nicht-Unterstützten an (38 Prozent), dass sie "zu wenig Geld" haben. Der Grund "kein Einkommen" wird am zweithäufigsten genannt (17 Prozent). Daran schließen sich mit 10 Prozent trennungsbedingte Gründe an, gefolgt von hohen Zahlungen (9 Prozent). Die restlichen Gründe sind Schulden, Krankheit, Kündigung, mangelnde Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und der Wunsch nach Weiterbildung.

"zu wenig Geld"

Tabelle 2: Begründung für das Ansuchen

Begründung	Anzahl	Prozent
Schulden	6	7
Kein Notstand	2	2
Hohe Zahlungen	8	9
Kein Einkommen	15	17
Zu wenig Geld	33	38
Kündigung	1	1
Krankheit	2	2
Ausbildung (fremde und eigene)	3	3
Scheidung, Trennung, Tod	9	10
Sperrfrist des Arbeitsamtes (eigene od. Partner)	4	5
Sonstiges	5	6
Gesamt	88	100

Neben den Gründen für die Vorsprache am Amt ist einer der wichtigsten Erhebungspunkte der Studie die Frage nach den Ablehnungsgründen. Ist es primär ein zu hohes Einkommen, mit dem der Richtsatz überschritten wird, sind es eher die fehlenden Unterlagen oder liegen andere Ablehnungsgründe vor?

5.5. Ablehnungsursachen

*Richtsatz für
Alleinunterstützte
ATS 6.400,--*

Tabelle 3 zeigt eine Aufstellung der Ablehnungsgründe. Fast die Hälfte der Nicht-Unterstützten überschreitet den Richtsatz, der für Alleinunterstützte bei knapp ATS 6.400,-- liegt. Der zweithäufigste Ablehnungsgrund ist in den fehlenden oder unrichtigen Unterlagen begründet (18 Prozent).

10 Personen werden wegen der oben angeführten Sanktionen vom Arbeitsamt nicht unterstützt, beziehungsweise weil die

Beantragenden aus eigenem Verschulden zu spät beim Arbeitsamt vorgesprochen haben. In sechs Fällen war das Sozialamt nicht zuständig, die betroffenen Personen wurden zu anderen Behörden, wie z. B. Arbeitsamt, Jugendamt, Land OÖ und Pensionsversicherungsanstalt, geschickt. Weitere fünf Personen konnten keine Leistungen erhalten, da ihr Wohnsitz nicht in Linz ist. Vier der im Erhebungszeitraum abgelehnten Fälle "sind zu früh wieder gekommen", was den Schluss zulässt, dass diese Personen bereits Sozialhilfe bezogen, einen weiteren Anspruch darauf haben und die Ablehnung nur aus dem Grund erfolgt, weil regelmäßige Unterstützungszahlung zu früh eingefordert wurde.

Zwei Personen wurden angehalten, sich um eine Arbeit zu bemühen. Je eine Person hatte "keine Arbeitsbewilligung", war minderjährig oder der Partner wurde als unterhaltspflichtig angesehen.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Unterstützung

Ablehnungsgrund	Anzahl	Prozent
Über Richtsatz	42	48
An andere Behörde verwiesen	6	7
Auf Arbeitssuche geschickt	2	2
Sperrfrist des Arbeitsamtes (eigene oder Partner)	10	11
Keine oder unrichtige Unterlagen	16	18
Keine Wohnsitz in Linz	5	6
Bezug noch nicht abgelaufen	4	5
Keine Arbeitsbewilligung	1	1
Partner ist unterhaltspflichtig	1	1
Gesamt	88	100

5.6. Der "typische" Nicht-Leistungsbezieher

Männer:
durchschnittliches
Einkommen
ATS 8.441,--

Der typische männliche Nicht-Leistungsbezieher (abgelehnter Antragsteller) ist durchschnittlich 34 Jahre alt, lebt alleine (41 Prozent), bezieht Arbeitslosengeld (38 Prozent). Sein Einkommen beträgt durchschnittlich ATS 8.441,--, wobei der Großteil der Betroffenen (24 Prozent) unter ATS 8.000,-- erhält.

Frauen:
durchschnittliches
Einkommen
ATS 7.643,--

Zum Unterschied dazu ist die typische weibliche Nicht-Leistungsbezieherin 31 Jahre alt, lebt alleine mit Kind (31 Prozent) und ist ohne eigenes Einkommen (38 Prozent). Wenn ein Einkommen vorhanden ist, beträgt dieses durchschnittlich ATS 7.643,-- wobei der größte Teil der weiblichen Betroffenen (22 Prozent) mit einem Einkommen von unter ATS 6.000,-- auskommen muss.

Der größte Teil aller Bezieher (weiblich 58 Prozent, männlich 55 Prozent) gibt an, 1 Kind zu haben. Während die zweitgrößte Gruppe der Frauen (26 Prozent) angab, 2 Kinder erhalten zu müssen, hatten 36 Prozent der Männer bereits 3 Kinder zu versorgen, entweder im eigenen Haushalt oder mittels Alimente.

kein Aufschluss
über den Grund

Beide Geschlechter gaben als Grund für ihr Ansuchen um Sozialhilfe an, "zu wenig Geld" zu haben, was jedoch keinen Aufschluss über den Grund dafür zulässt. Der zweithäufigst genannte Grund für das Ansuchen der Männer war fehlendes Einkommen (17 Prozent), während dieser Grund bei den Nicht-Leistungsbezieherinnen bereits gleich oft mit "Scheidung und Trennung" genannt wurde (16 Prozent).

Der Hauptablehnungsgrund war bei beiden Geschlechtern ein Überschreiten des Richtsatzes. Augenfällig war nur, dass ein großer Teil der Nicht-Leistungsbezieherinnen (27 Prozent) wegen "fehlender Unterlagen" abgelehnt wurde.

Beinahe alle Personen, deren Sozialhilfeanträge negativ beschieden wurden, können als prekär arm angesehen werden.

*beinahe alle
Personen prekär
arm*

Da nur 18 der 88 Personen erwerbstätig sind, kann die vorher gestellte Frage, ob die Nicht-LeistungsbezieherInnen primär oder aktuell den Working poor zuzurechnen sind, verneint werden. Der dynamische oder zeitbezogene Effekt spielt in der Armutssituation allerdings eine große Rolle. Bei einer Querschnittsanalyse müssen biografische Faktoren, wie schlechte Startbedingungen durch niedere Einkommen in der Herkunftsfamilie und geringe materielle Absicherung in Vorberufen, die eine Working-poor-Situation charakterisieren, ausgeklammert werden.

Working poor

Bei Durchsicht der Erwerbseinkommen zeigt sich jedoch, dass rund die Hälfte der abgelehnten Fälle höchstens ATS 10.000,-- verdient, wobei auch hier wiederum die zu unterhaltenden Personen sowie die Haushaltsgröße nicht berücksichtigt wurden. Unzureichende Erwerbseinkommen sind daher auch ein Grund bei der Sozialhilfe vorzusprechen.

*höchstens
ATS 10.000,--*

6. Zusammenfassung

Das Interesse an der Armutsfrage ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der breiten Öffentlichkeit stärker fundiert als etwa noch vor zehn Jahren. Schmerzlich vermissen muss man allerdings eine Auseinandersetzung mit den politischen Ursachen der Armut.

Einerseits geht es dabei um das Verständnis von "Armutsgrenzen" wie zum Beispiel der Sozialhilferichtsätze in Österreich als politisch gewollte Armutsgrenzen, andererseits geht es aber auch um die Erfassung der sozialpolitischen Steuerungsmechanismen des Staates, der in die individuelle Lebensführung der Bürger eingreift. Dieser Eingriff in den Lebensalltag erfolgt immer stärker und orientiert sich nach Marktstrategien. Die Anlehnung an karitative und soziale Beweggründe geht zunehmend verloren. Das soziale Klima

scheint durch neue regierungspolitische Aktivitäten und Ankündigungen noch kälter zu werden.

An konkreten Lebensausschnitten und -dimensionen wie Arbeit, Schuldenstand, Wohnungssituation, Familienverhältnissen usw. lassen sich individuelle und kollektive Auswirkungen von Armut beschreiben.

Eine Befragung am Linzer Sozialamt ergab, dass beinahe alle Personen, deren Sozialhilfeanträge negativ beschieden wurden, als prekär arm angesehen werden können.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die Veränderungen in den zentralen Sicherungsinstanzen, nämlich Ehe und Familie, Erwerbsarbeit und Sozialstaat, auch in den abgelehnten Fällen widerspiegeln.

Anmerkungen:

- 1 Tálos Emmerich, Armut im Sozialstaat, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1997/4, S. 437–452
- 2 Geißler Heiner, Die neue soziale Frage, Freiburg 1976
- 3 Sicherheit im Wandel, 14. Bundeskongress des ÖGB, Wien 1999, Bd. 1, S. 14
- 4 Einbinden statt Ausgrenzen, Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe, Wien 1999, S. 13
- 5 Zunehmende Prekarisierung und Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen in Österreich, in: Kontraste Nr.1/2000, Linz
- 6 Eurostat, Memo 23/1998, Luxemburg
- 7 Europäische Kommission, Europäische Sozialpolitik – Ein zukunftsweisender Weg für die Union, Brüssel 1994
- 8 Buchegger Rainer, Quo Vadis, Austria? In: Mitbestimmung 1+2/2000, S. 37–39, S. 37
- 9 Dieses Beispiel wurde auf der 6. Österreichischen ArbeitnehmerInnentagung der ÖGB-Frauen am 18. Oktober 1997 in Linz präsentiert.
- 10 BMAGS (Hg.), Bericht über die soziale Lage 1997, Wien 1998, S.124
- 11 Butschek Felix, Öffentliche oder private Alterssicherung, in: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.), Wieviel Staat, wieviel privat? Wien 1998, S. 273–290, S. 276 und Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch, Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1999, S. 376
- 12 ÖSTAT, Lohnsteuerstatistik 1997, Sozialstatistische Auswertungen nach Altersgruppen und Bundesländern, in: Statistische Nachrichten 12/1999, Wien
- 13 Kubka Günter, Gewerkschaftliche Gedanken zur Privatvorsorge, in: WISO 1/1999, Linz, S. 101–132
- 14 Wörister Karl, Zur Situation älterer ArbeitnehmerInnen, Altersarbeitslosigkeit, AK-Wien: Statistische Informationen, Wien 1999, Tab. 2a
- 15 Toifl-Campregher Sonja/Bernögger Andreas, Von Wolfgang Stigel geführtes Interview bei der Mietervereinigung, Landesverband Oberösterreich, am 17.11.1999
- 16 Die Kernaussagen in diesem Punkt stammen aus einem Interview des Autors mit Thomas Berghuber bei der Oberösterreichischen Schuldnerberatung am 22.11.1999.
- 17 Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch, a.a.O., S. 240
- 18 Giorgi Liana/Dimitz Erich, Zur sozialen Situation von österreichischen Haushalten, ECHP 2. Welle, Wien 1998, S. 36
- 19 Gunz Josef/Weidenholzer Josef/Kainz Gudrun/Mauhart Andreas, Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, Linz 1999
- 20 Schenk Martin, Arbeitskreis 2: MigrantInnen (Zusammenfassung eines Impulsreferates), in: Erste Österreichische Armutskonferenz 1995 – Dokumentation, Salzburg o. J., S. 31
- 21 ÖSTAT, Lebensbedingungen von Ausländern in Österreich, in: Österreichischer Zahlenspiegel, 11/1999, Wien
- 22 Hanesch Walter (Hg.), Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 46

- 23 Fanny Otto/Gall Franz/Predl Margit, Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, AK-Wien: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 63, Wien 1997
- 24 Chaloupek Günther/Ostleitner Herbert, Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich, in: Fischer Heinz (Hg.), Das politische System Österreichs, Wien 1974, S. 453–468
- 25 Döring Diether, Soziale Sicherung in der Defensive, in: Döring Diether/Hauser Richard (Hg.), Soziale Sicherheit in Gefahr, Frankfurt a. Main 1995, S. 11–48, S.11
- 26 Hübinger Werner, Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Freiburg im Breisgau 1996
- 27 Hübinger Werner a.a.O., S. 18–19

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, 4 Textbände

Preise: Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar oder das ISW-Publikationsverzeichnis zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Weitere ISW-Publikationsreihen sind „WISO-Dokumente“ und „ISW-Forschungsberichte“. Auf Wunsch senden wir Ihnen auch gerne unser Publikationsverzeichnis.



BESTELLSCHHEIN

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle die WISO-Einzelausgabe Nr. _____ zum Preis von EUR 7,00.

Ich bestelle zum jährlichen Abonnementpreis von EUR 22,00 (bzw. EUR 13,00 für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis) ____ Exemplar(e) der Zeitschrift „WISO“-WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES ISW.

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at